

**Zeitschrift:** Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

**Herausgeber:** Schweizerischer Gewerkschaftsbund

**Band:** 9 (1917)

**Heft:** 2

  

**Artikel:** Bericht des Delegierten des Schweiz. Gewerkschaftsbundes zur Nationalkonferenz der dem allgem. Gewerkschaftsbund Frankreichs angeschlossenen Organisationen vom 24. bis 25. Dezember 1916 in Paris

**Autor:** Ryser, E.

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-350701>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 16.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Beilage zur « Rundschau » ventiliert. Wenn das Projekt zustande kommt, so ist die Behandlung dieser Fragen in der « Rundschau » nicht nötig. Den Interessen der Arbeiter wäre damit sicher gedient.

### Beziehungen zwischen Gewerkschaftsbund und Arbeitersekretariaten.

Zu diesem Thema wurden die folgenden Thesen angenommen:

#### Resolution.

« Die lokalen Arbeitersekretariate, als Zentralstelle der gewerkschaftlichen Betätigung am Platze, sind in Wirklichkeit ebensowohl Organe des Gewerkschaftsbundes als der lokalen Bewegung. Da ihre Bedeutung für die Gewerkschaftsbewegung in Zukunft eher noch steigen wird, ist ihnen auch der nötige Einfluss in der Gewerkschaftsbewegung unseres Landes einzuräumen. Damit wird die Aktionskraft der Bewegung gehoben und eine planmässigere gewerkschaftliche Tätigkeit an den einzelnen Orten ermöglicht. Zur Erreichung dieses im Interesse der gesamten Bewegung gelegenen Zieles betrachtet die Konferenz der schweizerischen Arbeitersekretäre vorerst als notwendig:

1. Das Bundeskomitee und das Sekretariat des Gewerkschaftsbundes sind als Zentralstelle auch für die Arbeitersekretariate zu betrachten, soweit es sich um gewerkschaftliche Angelegenheiten handelt.

2. Die Arbeitersekretariate haben periodisch über ihre Tätigkeit an die Zentralstelle zu berichten, die ihrerseits die Berichte verarbeitet und publiziert.

3. Alle Vorlagen und Publikationen des Bundeskomitees und des Sekretariats sind, wie den Verbandsvorständen, auch den Arbeitersekretariaten zuzustellen.

4. Die Arbeitersekretariate sind regelmässig zu den Sitzungen des Gewerkschaftsausschusses einzuladen, an dessen Verhandlungen je ein Vertreter mit beratender Stimme teilnehmen kann.

Das Bundeskomitee wird ersucht, im Sinne dieser Postulate mit den Organisationen, die Arbeitersekretariate führen, und den Verbandsvorständen in Verbindung zu treten, um möglichst bald eine Realisierung derselben herbeizuführen.»

Eine bessere Regelung der Beziehungen zwischen Gewerkschaftsbund und Arbeitersekretären erscheint im Interesse der Gesamtbewegung geboten, und es wird Sache der weiteren Beratung der in Frage kommenden Instanzen sein, Mittel und Wege zu suchen, um einen möglichst reibungslosen Kontakt herzustellen.



## Bericht

### des Delegierten des Schweiz. Gewerkschaftsbundes zur Nationalkonferenz der dem allgem. Gewerkschaftsbund Frankreichs angeschlossenen Organisationen vom 24. bis 25. Dezember 1916 in Paris.

Die Verhandlungen des französischen Gewerkschaftsbundes (C. G. T.) vom 24. bis 25. Dezember 1916 fanden im grossen neuen Saale der Rue de la Grange-aux-Belles 33 in Paris statt. Der Saal wurde während des Krieges mit einem Kostenaufwand von nahezu 200,000 Fr. erbaut und fasst zirka 3000 Personen. Die französischen Gewerkschafter verhandelten mit der ganzen Leidenschaftlichkeit ihres Temperaments, aber auch mit der Klarheit, die dieses Volk auszeichnet. Wohl gibt es zuweilen Zusammenstösse, die auf den Fremden einen bemühenden Eindruck machen, die Vernunft setzt sich aber immer wieder durch.

Die erste Sitzung wurde am 24. Dezember, morgens halb 11 Uhr, von Genossen Jouhaux, Generalsekretär der C. G. T., eröffnet. Die französischen Organisationen sind durch 130 Delegierte vertreten. Davon sind 37 Vertreter von Berufsverbänden, 39 von Gewerkschaftsunionen und 54 von Arbeitskammern. Das Ausland ist wie folgt vertreten: England fünf Delegierte der Trade-Unions: W. A. Appleton, Ben Tillet, James Crinion, Ben Cooper, Gwynne, Alfred Snort; dazu zwei Delegierte des Trade-Unionskongresses: W. C. Bowermann und John Hill. Belgien ist durch drei Delegierte vertreten: Gaspar, Metallarbeitersekretär, Volkert und Chapellier; Spanien durch Vicente Barrio und die Schweiz durch E. Ryser. Genossen Ole Lian, Vertreter der norwegischen Gewerkschaften, wurde der Pass verweigert, die Italiener hatten sich entschuldigt.

Die ausländischen Delegierten verdanken im Namen ihrer Organisationen die Einladung. Sie bezeugen kräftig ihre internationalistischen Gefühle. Der Schweizer Delegierte macht den Anfang. Auftragsgemäss erinnert er daran, dass sich sein Land wie eine Oase mitten im europäischen Kriegsbrande befindet, aber unsere Organisationen nicht vergessen, dass diese privilegierte Situation ihnen die Pflicht auferlegt, über die internationalen Verpflichtungen zu wachen und zu versuchen, die internationalen Beziehungen wieder herzustellen, die den einen wie den andern zur Verfolgung des Werkes, das uns zu gemeinsamen Zielen führt, unentbehrlich sind. Dem Beifall nach zu schliessen, den dieser Teil seiner Rede fand, sind die französischen Gewerkschafter bereit, die seit dem Krieg unterbrochenen internationalen Beziehungen wieder aufzunehmen. Das hat übrigens Jouhaux kräftig bezeugt bei der Diskussion der Friedensfrage. Die Versammlung nimmt darauf einstimmig folgende Tagesordnung Lasnier, Havre, an:

«Die Konferenz, in Erwägung, dass unter den obwaltenden Umständen die Arbeiterklasse zur Verteidigung ihrer Interessen eine Gewerkschaftsorganisation nötig hat, die durch ihre Macht fähig ist, den kapitalistischen Unterdrückungsversuchen zu widerstehen und die freie Ausübung ihrer Funktionen zu sichern;

«dass dieses Bedürfnis sich nach dem Krieg noch fühlbarer machen wird, wenn es sich darum handeln wird, die wirtschaftlichen Formen der Gesellschaft zu bestimmen;

«in Erwägung, dass die Spaltungen und die Polemiken fatalerweise auf die Organisationen zurückfallen, ihre propagandistische Kraft und ihr moralisches Ansehen bei der Arbeiterklasse vermindern;

«spricht den Wunsch aus, dass diese Spaltungen und Polemiken aufhören und dass alle Führer, welches auch ihre Ueberzeugung sei, einander mit Höflichkeit und im Geiste der Solidarität behandeln und im gemeinsamen

Einverständnis an der Verwirklichung unseres gemeinsamen Zieles arbeiten werden.»

Dann zeichnet Jouhau den Charakter der Konferenz. Nach seiner Auffassung handelt es sich um die Konzentration der Aktion zur Verteidigung der Arbeiter und um die Untersuchung der Fragen, die sich stellen, um die Zukunft des Proletariats zu sichern. Die Konferenz besitzt die Mittel hiezu, wenn sie sich verständigt und jeder seinen Teil Verantwortung übernimmt. Die Meinung Jouhau' über die Kompetenzen der Konferenz wird nicht von allen Delegierten geteilt.

Es wird dann in die Behandlung des Berichtes von 1914 bis 1916 eingetreten, der im offiziellen Organ der C. G. T., in der «Voix du Peuple» Nr. 726 vom Dezember 1916 erschienen ist. Dieser Bericht zeigt, dass die C. G. T. an alle angeschlossenen Organisationen eine ganze Serie Zirkulare gesandt hat, in denen den nicht mobilisierten Gewerkschaftern nahegelegt wird, die Gewerkschaftsarbeit nicht aufzugeben, sondern sie im Gegenteil zu verstärken, indem man sich um die Lage der Mitglieder kümmert, auf die Behörden einen genügenden Druck ausübt, damit sie den Bedürftigen helfen durch Beschaffung von Arbeit, damit sie über die Jugend wachen, um sie vor den schädlichen Einflüssen der Strasse fernzuhalten und vor Demoralisation zu bewahren. Die Gewerkschaften sollen mit den Behörden zusammen das Wirtschaftsleben sicherstellen helfen durch die Organisation der Arbeit, darüber wachen, dass die Löhne nicht herabgesetzt werden, dass sie im Gegenteil eine der Teuerung entsprechende Erhöhung erfahren. Die nichtmobilisierten Mitglieder des Bundesvorstandes, besonders Generalsekretär Jouhau, machten sich mutig ans Werk und ihre Anstrengungen, vereint mit denen der sozialistischen Partei, später auch mit denen der Genossenschaften, waren von Erfolg gekrönt.

Ausser den rein nationalen Fragen hat die C. G. T. zahlreiche internationale Beziehungen mit den Zentralen der andern Länder oder den sozialistischen Parteien, namentlich mit den englischen, belgischen, italienischen, norwegischen, amerikanischen usw. Organisationen unterhalten. Alle Berichte und Korrespondenzen sind von einem internationalen Geist durchdrungen, den der Krieg nicht beeinträchtigt zu haben scheint.

Sofort nach eröffneter Diskussion läuft die Opposition Sturm. Während des ganzen Abends bis 8 Uhr und einem Teil des folgenden Morgens sind Bourderon und Merrheim auf der Rednertribüne und versuchen gegen die Mehrheit und besonders gegen den Sekretär ein ganzes Gerüst von Anklagen zu errichten. Man wirft ihm vor, er sei nach Bordeaux gegangen, um teilzunehmen an dem, was man in Frankreich «Die Delegierten der Nation» nennt, eine Organisation, die Männer aller Stände umfassen sollte, aber infolge politischer Intrigen unterging. Man wirft ihm ferner vor, nach Italien gegangen zu sein, nach London usw. usw. An einer Konferenz mit den Industriellen teilgenommen zu haben, an der auch der ehemalige Minister André Lebon teilgenommen habe, und mit der Regierung unter einer Decke zu stecken. Mit einem Wort, man wirft ihm vor, die C. G. T. von ihrem Weg abgebracht zu haben, durch die Anwendung von Aktionsmethoden, die im Gegensatz zur Grundlage des Bundes ständen.

In einer Rede, die den ganzen Schluss der dritten Sitzung und fast die ganze vierte Sitzung in Anspruch nahm, antwortete der Generalsekretär Jouhau der Opposition. Auf die Angriffe antwortet er mit der Vertrauensfrage: «Wenn ich gefehlt habe, selbst wenn es unbewusst geschehen ist, habt ihr die Pflicht es zu sagen, denn in diesem Falle muss ich verschwinden.» Dann zeigt er, dass die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen nichts anderes sind als Deduktionen und Annahmen. Durch keine einzige Tatsache kann das festgestellt werden, was man die Delegierten glauben machen will. Die Mehrheit ist der Ueberzeugung, dass Frankreich nicht der Urheber

des Krieges sei und dass es keine Eroberungsziele habe. Wenn es anders wäre, würde die französische Regierung von grosser Schuld betroffen und die Mehrheit der C. G. T. würde sich gegen die Regierung und gegen ihn auflehnen. Jouhau durchgeht alle Vorwürfe, die ihm gemacht werden und legt Gewicht darauf, zu erklären, dass er als Delegierter der Nation gewählt worden sei. Hierüber spricht er sich wie folgt aus: «Ich habe gedacht, dass man während dieser Periode revolutionäre Organisationen, wie die Konstituante es einst getan, wieder errichten müsse.» Er erklärt, dass er, als die Uneinigkeit im Vorstand entstand, seine Demission angeboten habe, sie wurde aber nicht angenommen. Wenn gewisse Beziehungen mit der Regierung bestehen, wie z. B. bei der Oberkommission der Zulagen, bei der Arbeitskommission, beim Munitionsministerium, so wird man sehen, wenn die Dokumente veröffentlicht werden, dass die Vertreter der C. G. T. erreicht haben, dass viel Gutes und der Arbeiterklasse viel Nützlichliches hineingebracht wurde und dass ihre Vertreter den Arbeiterstandpunkt nie verlassen haben. Er zeigt, wie die Arbeiterorganisationen in die Direktion der Werkstätten von St. Nazaire Spezialvertreter der Arbeiterinteressen hineingebracht haben. Es war dies eine Aktion, die sich verallgemeinern und auf alle Industriezentren ausdehnen sollte. Zur Konferenz von Leeds übergehend, verweist der Redner auf ihr Ziel, das kein anderes ist, als sich zu verständigen über eine Reihe von wirtschaftlichen Fragen zum Zwecke einer internationalen Aktion und ihrer Festlegung in den Friedensverträgen und die in allen, die Verträge unterzeichnenden Staaten, Anwendung finden sollen. Er gibt noch Auskunft über einige Fragen und eine Interpretation des Klassenkampfes, zwar etwas verschieden, aber exakter als die vorher von Bourderon gegebene.

Er schliesst: «Weder Briandismus, noch Millerandismus.» Was wir verlangen, stimmt mit den Worten überein, die Jaurès in der Kammer gesprochen bei der Diskussion über die Trennung von Kirche und Staat: «Sie haben soeben mit dem alten Liede gebrochen, mit dem Generationen gewiegt wurden. Sie haben die Arbeit vor die Wirklichkeit gesetzt, ihr müsst nun so weiterfahren, indem ihr wirtschaftliche Rechte gebt, wie politische Rechte. Es ist nicht mehr möglich, dass man König sei in der Politik und Sklave in der Arbeit.» Wir wollen, dass bei der Friedenskonferenz die Arbeiterforderungen in die Friedensverträge aufgenommen werden.

Man hört noch einige Redner, darunter Keufer vom Bucharbeiterverband, der die Arbeitsmethode der Mehrheit seit 1914 unterstützt. Diese Unterstützung ist um so bezeichnender im Schosse der C. G. T., als Keufer immer als ein Glied ihres rechten Flügels angesehen wurde. Dann wird nach Organisationen abgestimmt. 99 stimmen für die Mehrheit, 26 dagegen, 8 enthalten sich, 4 beteiligen sich nicht an der Abstimmung und 3 sind abwesend.

Bis zum Moment der Abstimmung diskutierte man in einer gespannten Atmosphäre, die Abstimmung wirkte wie eine Entladung. Denn von dem Augenblick an hatte man den Eindruck, dass die Delegierten die Tagesordnung im gemeinsamen Einverständnis erledigen werden.

Als vierter Punkt werden die Kriegsziele behandelt. Die Diskussion zeigt die Einmütigkeit der Ueberzeugung, dass die französische Regierung nichts getan habe, was den Krieg verschuldete, dass sie sich im Gegenteil nach Möglichkeit bestrebt habe, ihn zu verhindern. Man kann sich des Gedankens nicht erwehren, dass, wenn heute noch irgendein Fehler auf seiten der Regierung gefunden würde, die C. G. T. sich einstimmig gegen sie erheben würde. Man betrachtet sich als Opfer eines feigen Ueberralles und man wird sich verteidigen bis zum Ende. Einige Stimmen klagen aber doch die Geheimdiplomatie und das alte Ministerium Delcassé an, sie sind aber dünn gesät und da sie keine Tatsachen, zum mindesten

keine positiven Beweise erbringen können, finden ihre Ableitungen und Annahmen keinen Widerhall bei den Delegierten. Das Friedensangebot der Zentralmächte und die Note Wilsons weckten Hoffnungen, ohne dass man sich aber grosse Illusionen machte. Man ist einig, nichts zu vernachlässigen, um die Kameraden aus den Schützengräben herauszuholen, um sie ihren Familien und der Arbeiterbewegung zurückzugeben. So verlangt man von allen Seiten, dass die Regierungen und namentlich die französische Regierung, ihre Kriegsziele genauer bezeichnen. Diese Klarheit erscheint notwendig, damit einer der kriegführenden Teile nicht der Geprellte des andern werde und damit die ganze Welt urteilen könne über die Ansprüche der einen wie der andern. Um diesen Punkt genauer zu bestimmen, wird eine Kommission ernannt, die sich sofort an die Ausarbeitung einer Resolution macht. Währenddessen wird der Bericht der Kommission der wirtschaftlichen Studien, von der parlamentarischen Gruppe der Sozialisten ernannt, diskutiert und in seinen Hauptpunkten angenommen. Die Resolution über den Frieden wird einstimmig angenommen und lautet:

«Die Konferenz der Berufsverbände, der Gewerkschaftsunionen und der Arbeitskammern nimmt Kenntnis von der Note des Präsidenten der Vereinigten Staaten, die die kriegführenden Nationen einladet, die Bedingungen bekanntzugeben, unter denen der Krieg ein Ende nehmen könnte. Wir verlangen von der französischen Regierung, die Note im günstigen Sinne zu beantworten und gleichzeitig die Initiative zu ergreifen, bei ihren Verbündeten im gleichen Sinne zu wirken, um die Stunde des Friedens zu beschleunigen. Wir erklären, dass der Bund der Nationen, der eine der Sicherungen eines endgültigen Friedens ist, nur zustande kommen kann, wenn die Unabhängigkeit, die Gebietsunversehrtheit und die politische und wirtschaftliche Freiheit aller Nationen, der grossen wie der kleinen, gesichert sind. Die auf dieser Konferenz vertretenen Organisationen verpflichten sich, diese Idee zu unterstützen und sie unter den Arbeitermassen zu verbreiten, um der unsicheren und zweideutigen Lage, die nur der geheimen Diplomatie nützt und gegen die sich die ganze Arbeiterklasse erhebt, ein Ende zu machen.»

Ausser der Vertretung des Schweiz. Gewerkschaftsbundes an dieser Konferenz hatte der Schweizer Delegierte eine Spezialmission erhalten, die französischen Kameraden über ihre Haltung zur Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen zu befragen. Dieser Arbeit widmete er sich vom ersten Moment seiner Ankunft an in Paris. Sekretär Jouhaux antwortete auf die Frage, viel guten Willen zeigend und besonders sehr klar. Sein Gedankengang ist folgender: Es erscheint uns wichtig, dass die gewerkschaftliche Internationale zusammenkomme zum Zwecke, die Forderungen zu prüfen, die von den Arbeitern der in Frage kommenden Länder an der Friedenskonferenz gemeinsam gestellt werden und die einen wesentlichen Bestandteil des Friedensvertrages bilden sollen. Wenn wir über diese Fragen einig sein werden, wird es nötig sein, dass sich jede Landeszentrale eine Vertretung an der Friedenskonferenz sichert. Wenn also die Schweiz die Initiative ergreifen würde zur Einberufung einer internationalen gewerkschaftlichen Konferenz, würden wir es uns zur Pflicht machen, zu erscheinen. Die Konferenz müsste nach unserer Ansicht noch einen andern Zweck haben. Es ist dies die Reorganisation der internationalen Beziehungen und folglich des Sekretariates. So wie wir es heute kennen, leistet das internationale Sekretariat nicht die Dienste, die man von ihm erwartet. Nach unserer Meinung wird eine Reorganisation in dem Sinne unabweisbar sein, dass das internationale Sekretariat seinen Sitz in einem neutralen Land haben muss, dass es nur exekutive Funktionen haben soll und dass es seine Aufgaben von einer inter-

nationalen Kommission erhalten soll, die sich am Sitze des Sekretariats versammelt, jedesmal, wenn die Notwendigkeit sich zeigt oder wenn es von den interessierten Organisationen verlangt wird. Dann und nur dann können wir der Gewerkschaftsbewegung ihren wirklichen Charakter einer internationalen Organisation geben. Die gefassten Beschlüsse könnten gleichzeitig in allen Ländern und doch auch unter Berücksichtigung ihrer besonderen Umstände und ihrer Gesetzgebung angewendet werden. Vom übrigen werden wir nicht reden. Diese Weitherzigkeit des Generalsekretärs machte auf mich den Eindruck, dass, wenn die Vertreter der andern Länder diese Auffassung teilen, würde die Schweiz ohne grosse Schwierigkeiten ihre Mission erfüllen können, die ihr ihre internationalen Pflichten einerseits und andererseits ihre neutrale Situation auferlegen. Erfüllt von dieser Ueberzeugung und Hoffnung habe ich während der Konferenz und nachher mit meinen englischen, belgischen und spanischen Kollegen darüber gesprochen. Der letztere war im voraus dafür zu haben und trotz unserer Sprachdifferenzen hatten wir keine Mühe, uns zu verständigen.

Was die englischen Kollegen betrifft, glauben sie, obschon sie die Ansicht von Jouhaux teilen, dass der Moment noch nicht gekommen sei zur Abhaltung einer internationalen Gewerkschaftskonferenz. Wenn aber eine solche von der Schweiz aus einberufen würde, würden sie nicht verfehlen, ihre Organisationen zu befragen, die sicherlich eine Vertretung beschliessen würden. Auch die Engländer dringen auf eine Reorganisation des internationalen Sekretariats in dem von Jouhaux bezeichneten Sinne. Anders die Belgier. Wenn man mit ihnen über internationale Fragen spricht, bedeckt sich ihr Gesicht wie mit einem Schleier, hinter dem man die Zweifel erraten kann, die sie hegen, und sie antworten nur mit einer gewissen Zurückhaltung. Ich füge hinzu, dass ich die italienischen Kollegen, weil nicht anwesend, nicht befragen konnte; ich habe aber die Versicherung erhalten, dass sie auch an einer solchen Konferenz teilnehmen würden. Alle sind der Meinung, dass wenn das internationale Sekretariat reorganisiert und in ein neutrales Land verlegt würde, von dem Augenblick an die Beziehungen auch wieder aufgenommen würden und das in Leeds gegründete Bureau wieder aufgehoben würde. Alle haben auch das Gefühl, dass von dem Moment an die gewerkschaftliche Internationale einen neuen Aufschwung nehmen würde zum grossen Vorteil der Arbeiterklasse der ganzen Welt.

Biel, im Januar 1917.

Der Schweizer Delegierte  
zur Konferenz des Gewerkschaftsbundes von Frankreich:  
sig. E. Ryser.

## Die schweizerische Landwirtschaft.

### II.

Über die Bedeutung der landwirtschaftlichen Produktion lässt sich kein genaues Bild machen, da keine Erntestatistik besteht. Landmann führt folgende Schätzungen an: Der Wert der Gesamtproduktion der Landwirtschaft stellte sich Mitte der 1880er Jahre auf 544,3 Millionen Franken, 1906/1913 auf 740,34 Millionen Franken, hat sich somit bloss um 36% erhöht, wobei die Steigerung in der Hauptsache auf die Rindviehmast (von 96,25 auf 157,0 Millionen) und Molkeerzeugnisse (von 176,6 auf 290,95 Millionen